



ERSTE EINDRÜCKE SEIT DER WAHL IN DEN NATIONALRAT

Es lässt sich was bewegen

Meilenstein 23. Oktober 2011: Der SP Kanton SO gelang es, den zweiten NR-Sitz zurückzuholen und mit der Vereidigung am 5. Dezember 2011 veränderte sich mein Alltag. Noch ist das Parlamentarierleben nicht Routine, aber mein Leben ist nun neu organisiert und bereits gab es erste Highlights. Philipp Hadorn

Zur Vorbereitung meines neuen Mandates fragte ich bei den Parlamentsdiensten Ende November 2011 nach Zugriff auf das Extranet, die Plattform mit all den Dokumenten für die bevorstehende Session. Ab 5. Dezember 2011 sei ich Teil des eidgenössischen Parlamentes und vorher gäbe es keinerlei Zugriffsrechte, war die klare Rückmeldung.

Lärmpegel enorm

Im Bundeshaus galt es vorerst einmal Infrastruktur, Dienstleistungen, Rechte und Pflichten kennen zu lernen. Da rund ein Drittel der ParlamentarierInnen frisch ins Parlament gewählt wurden, ging es vielen gleich. Im Lärmpegel Sprechende am RednerInnenpult zu verstehen, führte anfänglich abends noch zu einem pulsierenden Kopf. Aber man gewöhnt sich schnell daran.

Der halbleere Saal

Zu Beginn noch erstaunt über die vielen Abwesenheiten der NationalrätInnen stellte ich rasch fest, dass parallel zu den Sessionsdebatten Delegationssitzungen, Gesprächstermine u. a. m. in der Wandelhalle stattfinden. Und zugegebenermassen sind die Positionen der VotantInnen nicht selten bereits aus Medienberichten und der Kommissionararbeit bestens bekannt.

Die Arbeit in den Kommissionen

Nach vielen Jahren als Präsident der Finanzkommission (Fiko) in Gerlafingen und 6 Jahren Mitglied der Fiko im Kanton, lag auch mein Engagement in derjenigen des Nationalrates auf der Hand. Da dort die Themen breit sind, gibt es innerhalb dieser Kommissionen noch Subkommission. Die Subkommission 4, von der ich Mitglied bin, ist zuständig für das UVEK, EJPD, sowie Post, SBB, Swisscom und Skyguide. Zudem bin ich Mitglied der Aufsichtskommission der NEAT NAD und Ersatzmitglied der «Verkehrskommission» (KVF). So habe ich die Chance, am nationalen Schalthebel für eine faire Sozialpolitik und einen erfolgreichen Service public mitwirken zu können. Dabei kommt mir meine Arbeit als Verkehrsgewerkschafter im SEV sehr zugute.

8-Stunden-Tag

Natürlich gibt es als Nationalrat keinen 8-Stunden-Tag. Selten bleibt so viel Zeit für die Nachtruhe. Zumindest theoretisch habe ich

mein Arbeitspensum bei der Gewerkschaft auf 70 % reduziert. Mit dem Rücktritt aus dem Gemeinderat nach 14 Jahren und der Demission aus dem Kantonsrat bleibt das Arbeitspensum hoch, aber stabil. Nicht zu vergessen ist dabei, dass meine Familie dieses Engagement unterstützt und unsere drei Jungs im Alter von 15 bis 20 Jahren nicht mehr extrem intensive Betreuung brauchen.

Tops und Flops im Nationalrat

Stolz durfte ich bereits einen Tag nach der Vereidigung den Atomausstieg bestätigen. Noch ist die Energiewende nicht vollzogen, aber allen Wankelmütigen zum Trotz gilt es diesen nun konsequent und rasch umzusetzen. Zuerst die Abzockerinitiative, später die 1:12-Initiative bieten an der Urne die Möglichkeit, den Trend wachsender Lohnunterschiede endlich zu brechen. Mit der Franken-Stütze folgte die Nationalbank den Forderungen aus SP und Gewerkschaften zumindest teilweise, was Ar-

«Mit der Franken-Stütze folgte die Nationalbank den Forderungen aus SP und Gewerkschaften zumindest teilweise, was Arbeitsplätze in der Schweiz sichert.»

beitsplätze in der Schweiz sichert. Trotz dem Widerstand rechtsbürgerlicher Kreise wurde mit der pragmatischen Erhöhung der Entwicklungshilfe ein Zeichen der Solidarität gesetzt.

Schwierig sind Stimmung und Bestimmungen zu den Asylsuchenden. Offenbar gelingt es populistischen Bewegungen mit einer Sündenbockbezeichnung von anderen Problemen abzulenken. Wenn das Parlament bereit wird, internationale Abkommen zu verletzen und nicht mehr bereit ist, Verfolgten einen würdigen Schutz zu geben, muss das wachrütteln.

Ein Ausblick

In den kommenden Monaten werden wir wichtige Weichen zu stellen haben: Der Service public, die Infrastruktur insbesondere. Bahn, aber auch Energiewende und Soziale Themen stehen zur Debatte. Die Aufgabe ist spannend. Danke für die anhaltende Unterstützung ... «für alle statt für wenige!»

Philipp Hadorn, Gewerkschafter und Nationalrat, Gerlafingen



MASSNAHMENPLAN 2013

Abbau des Sozialstaats? Nicht mit uns!

Heiss diskutiert wurden die 61 Massnahmen, welche die Regierung Ende Mai, in ihrem Massnahmenplan 2013 vorstellten. Den höchste Einnahmenposten, indem die verfehlte Steuersenkung vom letzten Dezember rückgängig gemacht resp. sogar zu einer Erhöhung des Steuerfusses werden könnte, lehnen die bürgerlichen Parteien schon im Vorfeld ab. Falls die enthaltenen Sparmassnahmen umgesetzt würden, würde dies insbesondere den Mittelstand und die unteren Einkommen, die Chancen der Kinder, die Umwelt und den öffentlichen Verkehr treffen. Verursacht wurde die heutige Situation aber vor allem durch die verfehlte und kurzfristige Interessenpolitik der bürgerlichen Parteien. Fränzi Burkhalter-Rohner

Fragwürdig!

Doch schauen wir diesen Massnahmenplan etwas genauer an. 51 der vorgeschlagenen Massnahmen könnte der Regierungsrat oder sogar die Departemente ohne Zustimmung des Kantonsrates umsetzen. Darunter finden sich Vorschläge, die uns erstaunen. Anscheinend ist es möglich durch Verhandlungen mit der Post pro Jahr 100 000 Franken zu sparen. Warum dies nicht schon längst gemacht wurde, entzieht sich unserer Kenntnis. Andere Massnahmen führen zu keiner Sanierung des Staatshaushalts, da der Ertrag in den Strassenbaufonds (Spezialfinanzierung) fliessen würde. Wieder bei anderen Massnahmen werden die Kosten einfach über mehrere Jahre verteilt oder schon geplante Projekte, wie der Verkauf des Schöngrün- und Borregaard Areal, werden als Ertragsverbesserung aufgeführt. Vermeintliche Effizienzsteigerung durch die Konzentration der Standorte müssen genau zu Ende gedacht werden, denn die Vorschläge sind so unkonkret aufgeführt, dass häufig nicht klar ist, ob nicht Folgekosten (z. B. durch Um- respektive Vergrößerungsbauten) entstehen, die den ausgewiesenen Spareffekt zu nichte machen. Andere Massnahmen könnten zu einer Kosteneinsparung führen. Dadurch entstehende mögliche Folgekosten und die damit verbundene Gefahren, sind jedoch nicht berücksichtigt. Ein Beispiel: infolge Gebührenerhöhungen könnten weniger Beratungen im Amt für Raumplanung in Anspruch genommen werden – mit nicht bezifferbaren Folgekosten.

So nicht!

Nebst vielen solchen fragwürdigen Vorschlägen gibt es natürlich noch die vielen Massnahmen, die zu Lasten der Schwächsten gehen und die für die SP nicht verhandelbar sind! Seit Jahren setzt sich die SP für eine wirksamere Prämienverbilligung ein um die ungerechte Kopfprämie etwas abzufedern. Das vom Bund gesetzte



Sozialziel, dass die Prämien nicht mehr als 8 Prozent des Haushaltseinkommens betragen dürfen, erreicht der Kanton Solothurn schon heute nicht. Trotz dem will der Regierungsrat die Prämienverbilligung um bis zu 8,4 Millionen Franken pro Jahr senken. Familien, Alleinerziehende, Arbeitende mit niedrigen Löhnen oder auch Rentnerinnen und Rentner mit tiefer AHV würde dies treffen.

23 Massnahmen betreffen die Bildung. Hier wurde ein bunter Strauss von Massnahmen zusammengestellt, die zu einem Abbau in der Bildung führen würde. Die Lektionen-Kürzung in der Volksschule in den gestalterischen Fächern, in Musik und Deutsch ist fatal für die ganzheitliche Entwicklung der Kinder und wird Auswirkungen auf die Berufsbildung haben. Durch die Streichung von Subventionierungen ist die Chancengerechtigkeit gefährdet, da sich reiche Gemeinden eine bessere Schule leisten könnten. Die SP steht aber weiterhin für eine starke und qualitativ gute Schulqualität ein. Alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen sollen eine Ausbildung nach ihren Fähigkeiten erhalten. Mit Stipendien oder Beiträgen an Berufsprüfungen kann dies unterstützt werden, aber auch hier soll gespart werden. Mit diesem geplanten Abbau in der Bildung wird die Wohn- und Arbeitsattraktivität unseres Kantons stark leiden.

Wie weiter?

Es wird ein heisser Spätsommer werden. Die Parteileitung hat beschlossen, dem Parteitag vom 30. August drei Resolutionen zu unterbreiten, die dann diskutiert und hoffentlich verabschiedet werden, um die möglichen negativen Auswirkungen des Massnahmenplans mit den dafür notwendigen Mitteln zu bekämpfen.

Der Massnahmenplan wird in der Finanzkommission vorberaten und im Kantonsrat in der Augustsession behandelt werden. Die SP Fraktion wird im Kantonsrat für einen starken und solid finanzierten Staat eintreten, der den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit bietet. Die Einnahmen sollen für den Schutz der Umwelt, eine gute Bildung, den sozialen Ausgleich, den öffentlichen Verkehr und den Service Public verwendet werden. Wir sind bereit Kompromisse einzugehen, damit sich die finanzielle Lage unseres Kantons nicht weiter verschlechtert, aber nicht auf Kosten der Schwächsten.

Fränzi Burkhalter-Rohner, Fraktionspräsidentin, Biberist

DREI RESOLUTIONEN FÜR DEN PARTEITAG VOM 30. AUGUST 2012

Die SP wappnet sich für einen heissen Politherbst

Die Geschäftsleitung empfiehlt den Delegierten die drei Resolutionen der Parteileitung anzunehmen. Diese legitimieren die Partei und die Fraktion rasch notwendige Massnahmen, wie zum Beispiel das Ergreifen eines Referendums, in die Wege zu leiten.

Abbau bei der Bildung? Ohne uns!

Steuergeschenke in Millionenhöhe für die Reichen – im Gegenzug massiver Abbau bei der Bildung – ohne uns!

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn schlägt in seinem Massnahmenplan 2013 vor, von insgesamt 61 Massnahmen zur Senkung der finanziellen Belastung 23 im Bereich Bildung zu tätigen. Als Folge aller Sparmassnahmen würden alleine in der Volksschule Lektionen im Umfang von 220 Vollstellen gestrichen. Diese unseriösen Sparpläne der Regierung stehen einem Ausbau der Bildung entgegen. Die SP fordert: Ausbau statt Abbau, genügend Lehrstellen für alle Bildungsniveaus und faire Stipendien. Die Geschäftsleitung bittet deshalb die Delegierten der Resolution zu folgen und diese zu unterstützen.

RESOLUTIONSTEXT

Die Delegierten beauftragen die Geschäftsleitung alles zu unternehmen, dass eine Kürzung bei der Bildung an unseren Volksschulen, Mittelschulen, im Stipendienwesen und bei der Berufsbildung verhindert werden kann. Falls der Regierungsrat bei der Bildung dennoch in eigener Kompetenz spart und im Volksschulbereich abbaut, ist die Kantonalpartei angehalten, den Regierungsrat aufzufordern, dies rückgängig zu machen.

BEGRÜNDUNG

Bildung ist das wichtigste Gut der Schweiz. Nur eine gute Bildung stärkt den Wohlstand unseres Landes. Bildung darf primär keine Frage des Geldes sein. Sie ist eine Frage der Gerechtigkeit: Alle Kinder haben Anrecht auf eine Ausbildung nach ihren Fähigkeiten. Es geht um die Zukunft unserer Jugend, die den Anforderungen der Berufswelt genügen muss. Im Sinne einer schweizweit harmonisierten Schule und mit Blick auf den grossen Lehrermangel wird klar, dass wir weiter in die Bildung investieren müssen, statt bei ihr zu sparen. Die SP wird keinen Kompromiss gutheissen, mit dem wir das Risiko eingehen die Qualität der Schule nachhaltig zu gefährden oder gar eindeutig zu vermindern.

Steuern senken für wenige? Nein Danke!

Steuergeschenke in Millionenhöhe für die Reichen – in Gegenzug massiver Abbau beim Service public – ohne uns!

Steuern senken ist beliebt. Aber dann falsch, wenn es auf Kosten von Bildung, des Sozialen, der Umwelt und des Service public geht. Steuer-senkungen dienen einigen Wenigen – die Zeche zahlen jedoch alle! Die Geschäftsleitung bittet deshalb die Delegierten der Resolution zu folgen und diese zu unterstützen.

RESOLUTIONSTEXT

Die Delegierten beauftragen die Geschäftsleitung alles zu unternehmen, Steuersenkungen auf Kosten von Bildung, Sozialem, Umwelt und des Service public zu verhindern. Der Staatshaushalt soll sich über gerechte Steuern und nicht über Gebühren finanzieren.

BEGRÜNDUNG

Für die SP ist ein starker Staat die Grundvoraussetzung für Gerechtigkeit und Ausgleich. Die Staatseinnahmen sind für die Bildung, den sozialen Ausgleich, für den Schutz der Umwelt und den flächendeckenden Service public zu verwenden. Abbau von Leistungen auf Kosten der breiten Bevölkerung lehnt die SP entschieden ab. Allfällige Überschüsse sind der Bevölkerung durch Leistungsausbau und Gebührensensenkungen zurückzugeben und in zweiter Linie durch Steuererleichterungen.

Hände weg von unserer Prämienverbilligung!

Steuergeschenke in Millionenhöhe für die Reichen – in Gegenzug massiver Abbau bei der kantonalen Prämienverbilligung – ohne uns!

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn schlägt in seinem Massnahmenplan 2013 insgesamt 61 Massnahmen zur Senkung der finanziellen Belastung vor. Viele Sparmassnahmen würden nach ihrer Umsetzung insbesondere den Mittelstand und die unteren Einkommen treffen, zum Teil sehr hart! Bei der individuellen Prämienverbilligung soll ebenfalls massiv gespart werden, pro Jahr bis zu 8,4 Mio. Franken. Gerade diese ist eine wirksame Massnahme gegen die ausufernden Krankenkassenprämien. Die Geschäftsleitung bittet deshalb die Delegierten der Resolution zu folgen und diese zu unterstützen.

RESOLUTIONSTEXT

Die Delegierten beauftragen die Geschäftsleitung alles zu unternehmen, dass eine Kürzung der kantonalen individuellen Prämienverbilligung verhindert werden kann. Falls der Kantonsrat einer allfälligen Kürzung dennoch zustimmt, bereitet die Kantonalpartei ein Referendum vor.

BEGRÜNDUNG

Die SP setzt sich seit Jahren dafür ein, dass die Prämienlast bei der obligatorischen Krankenversicherung durch eine gezielte Verbilligung der Prämien für mittlere und untere Einkommen reduziert wird. Die Maximalbelastung durch die Krankenkassenprämien darf 8% des Haushaltseinkommens nicht überschreiten. Dieses Sozialziel des Bundes muss auch im Kanton Solothurn wieder eingehalten werden. Die SP wehrt sich deshalb mit aller Kraft gegen die Sparmassnahmen des Solothurner Regierungsrates im Bereich der Prämienverbilligung.

Aus dem Kantonsrat**Faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt – für alle!**

Jeder dritte ausländische Betrieb und jeder vierte Schweizer Arbeitgeber betreibt Lohndumping. Die Resultate aus dem Bericht zu den flankierenden Massnahmen des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) zeigen, dass trotz Kontrollen gegen Mindestlohnvorschriften verstossen wird.

Gut jeder dritte Entsendebetriebe, also ausländische Unternehmer, der in der Schweiz Aufträge erledigt, hat 2011 vermutlich gegen gesamtarbeitsvertragliche Mindestlohnvorschriften verstossen. Schweizer Unternehmen kommen nicht viel besser weg. Jeder vierte hält die Mindestlöhne vermutlich nicht ein.

Ein weiteres Problem sind die Scheinselbständigen. Wie kann man dieses Problem lösen? Nur mit vermehrten Kontrollen und happigen Bussen. Seit der schrittweisen Einführung des freien Personenverkehrs mit der EU seit 2002 zeigt sich, dass immer mehr selbständige Dienstleistungsan-

bieter aus dem Ausland in den Schweizer und somit auch in den Solothurner Markt drängen, die de facto gar nicht selbständig sind. Um das zu verhindern sollten selbständige Dienstleister aus der EU an Ort und Stelle mit Dokumenten beweisen, dass sie tatsächlich selbständig erwerbend sind. Können sie es nicht, müssen sie an der Weiterarbeit gehindert und gebüsst werden.

Mit einer Interpellation möchten wir wissen, ob der Regierungsrat des Kantons Solothurn bereit ist, zum Schutz von Betriebe und Arbeitsplätze geeignete Massnahmen zu treffen. Dies könnte er tun, indem er bei der Vergabe von kantonalen Aufträgen die Auftragnehmer zur Einhaltung der Arbeitsbedingungen verpflichtet. Bei Verstössen gegen die Arbeitsbedingungen müssten wirksame Bussen ausgesprochen und als Folge davon an die fehlbaren Unternehmen auch keine weiteren Aufträge mehr erteilt werden.

Walter Schürch, Kantonsrat, Grenchen

Aus der Parteileitung**Starkes Votum: 65% sagen JA zum Bürgerspital in Solothurn!**

Die SP gewinnt auf der ganzen Linie. Mit grosser Freude nimmt sie zur Kenntnis, dass die Bevölkerung des Kantons Solothurn eine starke Spitalversorgung will. Das Stimmvolk hat erkannt, dass die beiden soH-Standorte Solothurn und Olten die wichtigsten Spitäler sind und dass nur mit dem Neubau des Bürgerspitals Solothurn die Spitalversorgung der Bevölkerung im oberen Kantonsteil sichergestellt ist. PatientInnen werden künftig Behandlung und Pflege in einem angenehmen, Intimsphären berücksichtigenden Umfeld erhalten. Die ÄrztInnen und weitere Mitarbeitende können ihre Arbeit in einem Gebäude verrichten, das ihnen optimale Bedingungen für die Arbeitsabläufe bietet.

Stärkung der Wirtschaft in der Region Solothurn

Mit dem JA zum Neubau BSS stärkt das Stimmvolk die Solothurner Spitäler AG als die grösste Ar-

beitgeberin im Kanton. Es sichert somit 1000 Arbeitsplätze und 200 Ausbildungsplätze für den Kanton. Das ist volkswirtschaftlich von grosser Bedeutung. Das Bürgerspital ist ausserdem Partnerspital für Medizinaltechnik-Firmen, die in der Region Solothurn angesiedelt sind, so dass die soH weiterhin den Wirtschaftsstandort rund um Solothurn stärkt.

Keine Steuererhöhung wegen dem Neubau!

Die SP freut sich, dass die Bevölkerung erkannt hat, dass die vorausschauende Sicht von Kantons- und Regierungsrates den Neubau auch finanziell erlaubt. Durch das Einbetten des Projektes sowohl in der Mehrjahresplanung Hochbau 2012–2015 sowie im integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2012–2015 und dem Bilden von Eigenkapital kann das grosse Investitionsprojekt in die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung angepackt werden.

Franziska Roth, Parteipräsidentin, Solothurn

PARTEITAG

**Donnerstag, 30. August 2012, 19.30 Uhr
in der Zweienhalle in Deitingen**

TRAKTANDEN

1. Eröffnung des ordentlichen Parteitages
2. Bestellung der Stimmzähler
3. Genehmigung der Geschäftsliste
4. Genehmigung Parteitag-Protokoll vom 3. Mai 2012
5. Kantonale Abstimmung – Parole «Änderung der Kantonsverfassung: Ergänzung der Unvereinbarkeiten»
6. Wahlplattform
Diskussion und Beschluss
7. Regierungsratswahlen
Anzahl SP Regierungsratskandidierende
Diskussion und Beschluss
8. Resolutionen
Diskussion und Beschluss
 1. Hände weg von unserer Prämienverbilligung
 2. Abbau bei der Bildung? Ohne uns!
 3. Steuern senken für wenige? Nein danke!
9. Varia

Der Anlass ist öffentlich. Den Sektionen werden die Mandatsausweise zugestellt.

Die Geschäftsleitung lädt dich ganz herzlich zum Parteitag nach Deitingen ein und freut sich auf spannende Diskussionen.

ABSTIMMUNGEN**Volksabstimmung vom 23. September 2012**

Am 23. September finden eine eidgenössische und eine kantonale Volksabstimmung statt. Die Stimmberechtigten des Kantons Solothurn werden zu diesem Urnengang einberufen. Es gelangen die folgenden Vorlagen zur Abstimmung:

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

Bundesbeschluss vom 15. März 2012 über die Jugendmusikförderung (Gegenentwurf zur Volksinitiative «jugend+musik»);
Volksinitiative vom 23. Januar 2009 «Sicheres Wohnen im Alter»;
Volksinitiative vom 18. Mai 2010 «Schutz vor Passivrauchen».

Die Delegierten der SP-Schweiz haben die Abstimmungsparolen für die eidgenössischen Vorlagen vom 23. September beschlossen:

- Ja zur Initiative «gegen das Passivrauchen»
- Ja zum Gegenvorschlag zur Initiative «Jugend und Musik»
- Nein zur Initiative «Sicheres Wohnen im Alter»

KANTONALE VORLAGE

Änderung der Kantonsverfassung: Ergänzung der Unvereinbarkeiten (KRB vom 21. März/12. Juni 2012)

Die kantonalen Delegierten beschliessen die Parole zur kantonalen Vorlage am Parteitag vom 30. August in Deitingen.